



### Presseschau vom 24.06.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Außer der Reihe – Lesetipp:

Susan Bonath: Weimar 2.0? – Brauner Terror damals und heute  
<https://de.rt.com/1x0a>

### abends/nachts:

#### de.sputniknews.com: „Sind nicht Sklaven und Diener“ der US-Vermittler: Palästina lehnt Trumps Nahost-Plan ab

Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas hat den angekündigten Nahost-Friedensplan der US-Regierung und die anstehende Wirtschaftskonferenz in Bahrain abgelehnt.

Das Weiße Haus veröffentlichte am Samstag auf seiner offiziellen Webseite ein Papier mit dem Titel „Peace to Prosperity“ (dt. „Frieden zu Wohlstand“). Es sei eine „Vision“, die die Palästinenser „stärken“ sollte, eine „wohlhabende und lebendige palästinensische Gesellschaft“ aufzubauen.

Das Dokument sieht Investitionen in Höhe von 50 Milliarden Dollar in den kommenden zehn Jahren vor. Damit sollen das Bruttosozialprodukt der Palästinenser verdoppelt, eine Million neue Jobs geschaffen und die Armutsrate halbiert werden. Woher genau das Geld kommen soll, wird allerdings nicht mitgeteilt.

„Wir brauchen das Geld und wir brauchen Unterstützung, aber vor allem brauchen wir eine politische Lösung (im Konflikt mit Israel – Anm. d. Red.)“, zitiert die DPA den Palästinenserpräsidenten am Sonntag.

Der Politiker gab seine Stellungnahme in seinem Amtssitz in Ramallah vor internationalen Journalisten ab.

„Wir werden nicht Sklaven und Diener (der US-Vermittler) Kushner, Greenblatt und Friedman sein“.

Abbas zufolge spricht die Administration des US-Präsidenten Donald Trump von einem „Jahrhundert-Deal“.

„Aber wir sagen: Der Jahrhundert-Deal ist vorbei, es gibt nichts mehr zu reden“.

Darüber hinaus sei Palästina bereit zu neuen Gesprächen, sollte Trump die Zwei-Staaten-Lösung unterstützen und den arabischen Ostteil Jerusalems als besetzt anerkennen.

Abbas betonte, die Sicherheitszusammenarbeit der Palästinenser mit den USA und Israel gehe trotz der sonstigen Funkstille weiter, weil der Kampf gegen den Terrorismus wichtig sei.

Die Initiative „Frieden zu Wohlstand“ ist Teil von Trumps weiterhin unveröffentlichtem Nahost-Friedensplan. Der US-Präsident beauftragte seinen Berater und Schwiegersohn Jared Kushner mit der Ausarbeitung des Planes.

An diesem Dienstag und Mittwoch wollen Wirtschaftsvertreter sowie Repräsentanten von Regierungen und der Zivilgesellschaft in Bahrains Hauptstadt Manama unter dem Motto „Frieden zu Wohlstand“ zu einer Konferenz zusammenkommen.

Donald Trump hatte im Dezember 2017 die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt von Israel sowie die Verlegung der Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verkündet. Dieser Schritt löste international Massenproteste aus.

Im Mai 2018 wurde die US-Botschaft in Jerusalem offiziell eröffnet.

Trump erkannte im Mai 2019 die von Israel annektierten syrischen Golanhöhen formell als Staatsgebiet Israels an und unterzeichnete bei einem Besuch des israelischen Ministerpräsidenten, Benjamin Netanjahu, in Washington eine entsprechende Proklamation.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31952/07/319520775.jpg>

### de.sputniknews.com: **Wegen offenen Briefs: Leipziger CDU macht ukrainischen Botschafter wütend**

Die Forderung der Leipziger CDU nach einer Lockerung der Russland-Sanktionen hat den ukrainischen Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, empört.

Es geht um einen Brief von Leipziger CDU-Größen an Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer mit der Forderung, sich vom Feindbild Russland zu lösen und ostdeutsche Interessen stärker zu berücksichtigen.

Der ukrainische Botschafter hat den Vorstoß in einer Erklärung, die der Leipziger Volkszeitung vorliegt, scharf kritisiert. Im Normalfall, so Melnyk, sei es keine Aufgabe eines Botschafters, einen offenen Brief einiger lokaler CDU-Mitglieder an ihre Parteichefin zu kommentieren. „Aber es ist leider kein Normalfall, zumindest nicht für die Ukraine.“

Als Grund, warum eine Aufhebung der Sanktionen undenkbar sei, verwies der Diplomat auf den seit fünf Jahren schwelenden Krieg im Osten der Ukraine, „mit über 13.000 Opfern.“ Den Krieg habe der russische Präsident Putin entfesselt und führe ihn bis heute zynisch fort. Um

diese „militärische Aggression“ Russlands zu stoppen, habe die EU 2014 die Sanktionen gegen das Land verhängt.

Melnyk wendet sich dann in einem scharfen Ton direkt an die Absender, zu denen unter anderem Sachsens Justizminister Sebastian Gemkow und die Bürgermeister Uwe Albrecht (Wirtschaft) und Torsten Bonew (Finanzen) gehören.

„Daher verurteile ich diese aus der Luft gegriffene Forderung der Leipziger CDU-Politiker auf das schärfste“, so Melnyk.

Der Botschafter macht von ziemlich dramatischen Ausdrücken Gebrauch: Die Lockerung der Russland-Sanktionen würde „ein Messer an die Kehle der Ukrainer setzen“.

Auch Sachsens Regierungschef Kretschmer, der kurz vor Pfingsten Putin in St. Petersburg auf einem Wirtschaftsforum getroffen hatte, bekommt heftig Kritik ab. „Man fragt sich gelegentlich, wieso braucht die CDU den Youtuber Rezo? Seine Rolle könnten genauso fleißig Ministerpräsident Kretschmer höchstpersönlich samt Kreisverband Leipzig übernehmen“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31934/40/319344071.jpg>

**vormittags:**

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen einmal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueereinstellung (GZKK) mit.

Beschossen wurde das Gebiet von **Losowoje**.

Geschossen wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen..

de.sputniknews.com: **Teheran – Cyber-Angriffe der USA waren erfolglos**

Mehrere Cyber-Angriffe der USA auf den Iran sind nach Angaben der Regierung in Teheran erfolgreich abgewehrt worden. Die USA versuchten es immer wieder, hätten aber keinen Erfolg gehabt, teilte der iranische Telekommunikationsminister Mohammed Dschawad Asari Dschahromi am Montag via Twitter mit.

Das US-Verteidigungsministerium hatte Medienberichten zufolge am Donnerstag mit einem seit längerem geplanten Cyber-Angriff begonnen. Dieser habe das iranische Raketenstartsystem außer Kraft gesetzt, berichtete die „Washington Post“ am Samstag. Im vergangenen Jahr seien 33 Millionen Cyber-Angriffe durch die nationale Firewall abgewehrt worden, sagte Asari Dschahromi und sprach von „Cyber-Terrorismus“. Er verwies auch auf das erste bekanntgewordene, gegen die Industrie eingesetzte Computer-Virus Stuxnet, mit dem 2007 iranische Atomanlagen attackiert wurden. Stuxnet war 2010 entdeckt worden, nachdem das Virus das Computersystem der Uran-Anreicherungsanlage im

iranischen Natans befallen hatte. Stuxnet wurde vermutlich von den USA und Israel entwickelt.

Zuvor war berichtet worden, dass Washington Medienberichten zufolge vergangene Woche den Iran mit einem Cyberangriff ins Visier genommen hatte. Es habe sich um eine Vergeltungsaktion gehandelt nach den jüngsten Attacken auf Öltanker, berichtete das Nachrichtenportal Yahoo News am 22. Juni unter Berufung auf frühere Geheimdienstvertreter. Der Cyberangriff hat demnach am Donnerstag stattgefunden und ist von langer Hand vorbereitet gewesen. Die Zeitung „Washington Post“ berichtete, die Aktion habe das iranische Raketenabschussystem außer Kraft gesetzt. Eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums in Washington wollte sich dazu nicht äußern.

Der Konflikt zwischen den USA und dem Iran hatte sich vergangene Woche erheblich verschärft. Nach dem Abschuss einer unbemannten US-Drohne, den die US-Regierung dem Iran anlastet, genehmigte US-Präsident Donald Trump einen Vergeltungsangriff auf Ziele im Iran. Wenige Minuten vor der Ausführung setzte Trump den Angriff am Freitag aus.

### **Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 23. Juni 3:00 Uhr bis 24. Juni 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 14. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Gorlowka (Bajrak), Mineralnoje, Jakowlewka, Jasinowataja, Donezk (Flughafen, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Spartak, Kominternowo, Leninskoje, Sachanka, Lukowo.**

Durch Mörserbeschuss von Seiten der BFU entstand ein Brand eines Weizenfeldes, zwei Hektar wurden vernichtet.

Außerdem wurden infolge von Beschuss der BFU Schäden an einem Wohnhaus in Gorlowka in der Osheschko-Straße 34 festgestellt (Fensterverglasung, Dach, Wirtschaftsgebäude). Außerdem ist durch Beschuss von Seiten der BFU ein Sommerhaus in Mineralnoje vollständig abgebrannt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

### **Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 165.**

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 25.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

### **de.sputniknews.com: Südkasachstan: Ganze Stadt wegen Explosionen in Militärdepot evakuiert**

Die Stadt Arys in Südkasachstan wird wegen eines Großbrands in einem Militärdepot evakuiert, der zur Detonation von der dort befindlichen Munition geführt hatte. Der Notstand wurde im ganzen Gebiet Türkistan ausgerufen, teilte der Chef der Region Umirsak Schukejew am Montag mit.

Der Berater des Bürgermeisters des Gebiets Türkistan Saken Kalkamanow hat mitgeteilt, dass

insgesamt 16 Menschen mit leichten und mittelschweren Verletzungen ins Spital gebracht wurden. Zuvor war die Rede von sechs Verletzten. Das kasachische Nachrichtenportal „Otyrar“ hatte früher unter Berufung auf einen Arzt berichtet, es wurden mehrere Verletzte ins Krankenhaus der Stadt Schymkent gebracht. Drei von ihnen sollen sich in ernstem Zustand befinden, hieß es.

„In der Region wurde der Notfall ausgerufen, alle Bezirke und am nächsten gelegenen Ortschaften wurden mobilisiert. Wir sehen anhand des Ausmaßes des Vorfalls, dass man die ganze Stadt evakuieren muss“, erklärte Schukejew gegenüber RIA Novosti.

Zuvor hatte das Verteidigungsministerium Kasachstans mitgeteilt, dass in einem Militärdepot nahe der Stadt Arys ein Brand ausgebrochen ist, was zu Explosionen von Munition führte. Zur Ursache des Brandes wird derzeit ermittelt.

Der Präsident Kasachstans verkündete auf seiner Twitter-Seite, dass er die Verteidigungs-, Innen- und Außenminister des Gebiets TÜRKESTAN mit der unverzüglichen Ergreifung von Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen der Detonationen beauftragt habe.

### **Wpered.su: In Amwrosiewka wurde das Andenken der sowjetischen Soldaten geehrt**

Am 21. Juni fand in Amwrosiewka eine Kundgebung zum Gedenken an die während des Großen Vaterländischen Krieges getöteten sowjetischen Soldaten und Bürger statt. Daran nahmen die Amwrosiewker Kommunisten teil, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit. Vor den Anwesenden sprachen der Leiter der Verwaltung des Amwrosiewka-Bezirks Igor Lysow, die Leiterin der Stadtverwaltung Oxana Awdejewa, der Leiter des Militärkommissariats für den Amwrosiewka-Bezirk Igor Blednych und die erste Sekretärin des Amwrosiewker Bezirkskomitees der KP der DVR Ljudmila Jakubowskaja.

In ihren Beiträgen sprachen sie über die Heldentaten unserer Soldaten, die die Faschisten besiegt haben sowie über die Werktätigen im Hinterland.

Die Redner wünschten allen Einwohnern des Donbass einen friedlichen Himmel, Gesundheit, Glück, dass sich die Kämpfe niemals wiederholen und in unserem Land Frieden eintritt.

Während der Veranstaltung ehrten die Anwesenden das Andenken der Toten mit einer Schweigeminute.



[http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/06/photofacefun\\_com\\_1561312934.jpg](http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/06/photofacefun_com_1561312934.jpg)

### **de.sputniknews.com: Iran weist Gesprächsangebot der USA zurück**

Die iranische Führung hat ein Gesprächsangebot der USA zur Lösung der andauernden Spannungen zwischen beiden Ländern abgelehnt. Der Vorschlag zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen ist inakzeptabel, solange die Sanktionen gegen den Iran bestehen. Dies teilte ein enger Berater von Präsident Hassan Ruhani am Montag via Twitter mit.



Wenn die USA Zugeständnisse des Irans über das bisherige Atom-Abkommen hinaus wollten, sollten sie dafür auch Anreize über die alte Vereinbarung hinaus anbieten, erklärte Hessameddin Aschena weiter.

US-Präsident Donald Trump hat das Atom-Abkommen einseitig aufgekündigt und fordert neue Verhandlungen. Wegen der Spannungen zwischen beiden Ländern wächst die Sorge vor einer militärischen Auseinandersetzung in der Region kontinuierlich. ...

Dan-news.info: Das staatliche Unternehmen „Post des Donbass“ hat einen Markenblock und einen Umschlag zum Gedenken an den bekannten ukrainischen Historiker und Journalisten Oles Busina anlässlich seines 50. Geburtstags herausgegeben.

Oleg Busina (1969 – 2015) war ein ukrainischer Schriftsteller, Journalist und Fernsehmoderator. Er war Philologe und hatte an der Kiewer Taras-Schewtschenko-Nationaluniversität studiert. Er arbeitete bei den Zeitungen „Kiewskije wedomosti“ und „Eshnedelnik 2000“ und anderen. Seit 2007 hatte er eine Autorenkolumne und einen Blog in der Zeitung „Segodnja“ und seit Januar 2015 war er Chefredakteur der Zeitung.

Busina teilte die Ansichten eines dreigliedrigen russischen Volks und bezeichnete sich deshalb als Ukrainer und als Russen. Er kritisierte die Ideologie des ukrainischen Nationalismus, die das Kiewer Regime nach dem Staatsstreich 2014 übernommen hatte, heftig. Busina wurde am 16. April 2015 vor seinem Haus in Kiew erschossen. Die unter dem Verdacht des Mordes festgenommenen Kämpfer neonazistischer Gruppen wurden nicht bestraft. In der DVR wurde das Andenken des ukrainischen Schriftstellers mit einem großen Portrait an einem Gebäude im Zentrum von Donezk verewigt.



[https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/06/dan-news.info-2019-06-24\\_07-06-38\\_071835-blok.jpg](https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/06/dan-news.info-2019-06-24_07-06-38_071835-blok.jpg)

de.sputniknews.com: **Neu-Delhi plant, innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre mit Washington Rüstungsabkommen im Gesamtwert von zehn Milliarden US-Dollar zu schließen.** Dies berichtet die Zeitung „Times of India“ am Montag unter Verweis auf ihre Quellen im indischen Verteidigungsministerium.

Ein Ausschuss des Verteidigungsministeriums habe in der vergangenen Woche der Anfrage über die Beschaffung von zehn Flugzeugen P-8I stattgegeben. Im August soll das Dokument dem Rat für Verteidigungsbeschaffung vorgelegt werden, der von Verteidigungsminister Rajnath Singh geleitet wird.

Weitere Deals gebe es über die Anschaffung von 24 Anti-U-Boot-Hubschraubern MH-60 Romeo für 2,6 Milliarden US-Dollar, den Kauf von sechs Kampfhubschraubern Apache im Gesamtwert von 930 Millionen US-Dollar sowie den Erwerb von Boden-Luft-Raketensystemen NASAMS-II im Wert von fast einer Milliarde US-Dollar.

Diese sowie andere Fragen der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich sollen bei dem Besuch von US-Außenminister Mike Pompeo erörtert werden, der diese Woche nach Indien reisen soll.

Die Vereinigten Staaten sind neben Russland und Israel im Bereich der militärtechnischen Zusammenarbeit einer der wichtigsten Partner Indiens.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30242/40/302424036.jpg>

### **nachmittags:**

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 7:45 Uhr das Feuer in Richtung **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks)** mit Mörsern des Kalibers 82mm eröffnet.

Dabei wurde die Fensterverglasung eines Wohnhauses in der Schaschurin-Straße 5, Wohnung 25 beschädigt.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer, genauere Informationen werden ermittelt.

### **ukrinform.ua: Russland nennt Voraussetzungen für Fortsetzung des Gastransits durch die Ukraine**

Russland fordert die Beilegung aller Rechtsstreitigkeiten zwischen Gazprom und dem ukrainischen Energiekonzern Naftogaz für eine Fortsetzung des Gastransits durch die Ukraine.

Das erklärte der erste stellvertretende Leiter des Regierungsapparates der Russischen Föderation Sergei Prichodko, berichtet die Nachrichtenagentur TASS.

„Was den Transit des russischen Erdgases durch das Territorium der Ukraine anbelangt, sind wir bereit, ihn unter wirtschaftlich rentablen Bedingungen fortzusetzen, jedoch unter der Voraussetzung der gerechten Beilegung aller gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Gazprom und Naftogaz“, zitiert die Nachrichtenagentur den Regierungsbeamten.

Prichodko zufolge sieht das Konzept der noch im Bau befindlichen Pipeline Nord Stream 2 keine Einstellung des Transits über die schon vorhandenen Routen vor. Das betreffe „sowohl

die Ukraine als auch andere Länder“.



[https://static.ukrinform.com/photos/2018\\_08/thumb\\_files/630\\_360\\_1535565724-6095.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2018_08/thumb_files/630_360_1535565724-6095.jpg)

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat das Landwirtschaftsministerium angewiesen, eine Liste nicht oder nicht entsprechend ihrer Bestimmung genutzter landwirtschaftlicher Böden zu erstellen.

„Das Landwirtschaftsministerium muss eine Liste von Landparzellen erstellen, die nicht bearbeitet werden sowie Informationen über die Eigentümer. Wir müssen festlegen, wie wir vorgehen. Das Land darf nicht brach liegen, es muss bearbeitet werden“, sagte Puschilin. Er unterstrich, dass diese Arbeit ohne Verletzung von Eigentümerrechten erfolgen muss. „Sie haben ihr Land nicht wegen zu guten Lebens verlassen, aber man muss sich mit ihnen in Verbindung setzen und erklären, dass sich die Situation verändert hat“, fügte das Staatsoberhaupt hinzu.

de.sputniknews.com: **Putin verlängert Lebensmittelembargo gegen die EU bis Ende 2020**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Montag das Lebensmittelembargo gegen die EU bis zum 31. Dezember 2020 verlängert. Dies geht aus einer Präsidialverordnung hervor, die der Nachrichtenagentur RIA Novosti vorlag.

„Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 müssen bestimmte wirtschaftliche Sondermaßnahmen verlängert werden, die in der Präsidialverordnung festgelegt sind“, hieß es im Dokument.

Zuvor hatte der EU-Rat die Verlängerung der Sanktionen beschlossen, die in Zusammenhang mit der Wiedervereinigung der Halbinsel Krim mit Russland verhängt worden waren. Die Sperre wurde 2014 als Reaktion auf die Strafmaßnahmen der Europäischen Union eingeführt. Sie gilt für die Einfuhr von bestimmten Agrarprodukten, Rohstoffen und Lebensmitteln aus den USA, EU-Ländern, Kanada, Österreich, Norwegen, der Ukraine, Albanien, Montenegro, Island und Liechtenstein.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 24.06.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **14-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von zehn Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer von „Asow“ von den Positionen der 30. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Garas die Gebiete von **Dolomitnoje** und **Gorlowka** mit 122mm-Artillerie, Mörsern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen



Mörsern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen, in Gorlowka wurden zwei Wohnhäuser in der Osheschko-Straße 34 und der Schaschurin-Straße 5 beschädigt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 93., 57. und 24. Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij, Mischantschuk und Guds **Jasinowataja, Jakowlewka, Mineralnoje, Spartak** und das **Gelände des Donezker Flughafens** mit Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Gnatow **Leninskoje, Lukowo** und **Kominternowo** mit Mörsern, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Infolge des Beschusses von Kominternowo wurden private Häuser in der Achmatowa-Straße 26, 34, und 35 beschädigt.

Insgesamt hat der Gegner fünf 122mm-Artilleriegranaten und 54 Mörsergeschosse, davon 34 des Kalibers 120mm auf das Territorium unserer Republik abgefeuert.

Außerdem haben Kämpfer von Guds aus der 24. Brigade heute Morgen mit Handgranatwerfern auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks geschossen. Dabei wurden zwei Häuser in der Saranskaja-Straße 8 und 10 beschädigt.

Alle Fälle von Beschuss auf Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die ukrainischen Kriegsverbrecher übergeben.

Nach der Verletzung eines 13jährigen Mädchen infolge einer Einschüchterungsaktion der Einwohner von Gorlowka durch Kämpfer der 30. Brigade hat der Anführer der Bande Garas den Befehl gegeben, sich zu verstecken und aufgrund des erhöhten Interesses der Beobachter der OSZE-Mission an diesem Gebiet bis zum 25. Juni das Feuer nicht zu eröffnen.

Aber mit solchen Fragen der Konspiration haben sich ihre Nachbarn aus der Nationalgarde nicht befasst. **Die Artillerie und Mörser der ukrainischen Nationalisten haben erfolgreiche Versuche unternommen, eine Erwidern des Feuers unter der Kamera des australischen Journalisten William Bryce zu provozieren**, der speziell eingeladen ist und seit dem 22. Juni auf den Positionen der 18. Regiments „Asow“ arbeitet und die Aufgabe hat, die Volksmiliz der Republik der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung zu beschuldigen.

Gleichzeitig wächst in Richtung Donezk im Kommando der Strafruppen eine Panik, die von den zunehmenden Fällen von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte hervorgerufen wird. Dabei setzt der Kommandeur des 137. Bataillons der 35. Brigade Oberst Feditschew die Standardpraxis fort, die nicht kampfbedingten Verluste zu verheimlichen, zu denen ein ein nach Hause geflohener Marineinfanterist hinzugekommen ist.

Und in der 24. Bande unter Führung von Guds ist man an das Problem kreativ herangegangen. So haben zwei Soldaten dieser Brigade beschlossen, die Front zu verlassen und ihre persönlichen Waffen mitgenommen, aber sie haben die traurige Erfahrung ihrer Kollegen nicht berücksichtigt, in der Folge geriet einer der Flüchtlinge auf eine Mine im Hinterland der eigenen Positionen.

Das Brigadekommando seinerseits hat nicht nur eine Suche nach dem Geflohenen organisiert, sondern auch die Leiche seines weniger erfolgreichen Kameraden zurück an die Front gebracht, wo dann mit dem Drehen einer Fikereportage über den Tod eines heldenhaften Aufklärers, der von einer Spezialaufgabe vom Territorium der DVR zurückkehrte, auf Minen des Gegners begonnen wurde.

**Nach uns vorliegenden Informationen setzen Werber terroristischer Organisationen verschiedener Art ihre Anwerbung von Kämpfern in der Ukraine für ihre Tätigkeit in**

## Syrien fort.

Die Kampferfahrung, geschärft am Genozid an den Einwohnern des Donbass und das Fehlen jeglicher moralischer Prinzipien bei den Kämpfern der ukrainischen nationalistischen Gruppierungen zieht weiter Werber islamistischer Terroristen an, deren Vertreter jetzt die Anwerbung der besten Strafsoldaten in den Einheiten von „Asow“ durchführen, damit sie an Kriegshandlungen gegen die Bevölkerung Syriens teilnehmen. Die Veränderung des Klimas und der Hauptfarbe ihrer Opfer ist für die ukrainischen Nazis wie eine Rotation in den ukrainischen Streitkräften, aber erlaubt ihnen dabei weiter an menschlichem Leid zu verdienen und ihre Fertigkeiten als Mörder zu vervollkommen.

## de.sputniknews.com: Peking fordert von Washington Kompromisse im Handelskrieg

Im Handelskrieg mit den USA sucht China einen Kompromiss, mit dem beide Länder leben können. Beide Seiten stehen im Kontakt und bereiteten das Treffen zwischen Chinas Staatschef Xi Jinping und US-Präsident Donald Trump am Rande des G20-Gipfels im japanischen Osaka vor, wie Vizeminister Wang Shouwen am Montag in Peking mitteilte.

„Die Vereinbarung muss für beide Seiten funktionieren“, so Wang. Einen Termin für das Treffen nannte die chinesische Seite noch nicht. Beide Präsidenten hatten am 18. Juni telefoniert.

„Die Handelsteams arbeiten daran, das Verständnis der beiden Präsidenten umzusetzen“, sagte der Vizeminister.

Von dem Treffen wird nach Einschätzung von Beobachtern abhängen, ob der Handelskrieg zwischen den beiden größten Volkswirtschaften weiter eskaliert.

Die USA und China sind seit einem Jahr in einen erbitterten Handelskonflikt verstrickt. Die US-Regierung beklagt das hohe Handelsdefizit mit China, mangelnden Marktzugang und Diebstahl geistigen Eigentums oder zwangsweisen Technologietransfer. So haben die USA schon die Hälfte aller Importe aus China mit Sonderzöllen belegt, während Peking mit Gegenzöllen reagiert hat. Trump droht jetzt damit, die Strafmaßnahmen auf alle China-Einfuhren im Wert von 500 Milliarden US-Dollar auszuweiten.

Trump hatte den Streit verschärft, indem er im Mai den chinesischen Telekomriesen Huawei auf eine schwarze Liste von Unternehmen gesetzt wurde, deren Geschäftsbeziehungen zu US-Partnern strengen Kontrollen unterliegen. Danach haben viele internationale Unternehmen ihre Kooperation vorerst unterbrechen oder auf den Prüfstand stellen müssen. Ende vergangener Woche sprach der US-Präsident einen solchen Bann auch gegen fünf andere chinesische Hightech-Unternehmen und Institute sowie deren Töchter aus, die an Supercomputern arbeiten. Damit soll der Zugang zu US-Spitzen-technologie verhindert werden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32245/48/322454873.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen bewaffneten Formationen **einmal das Regime der Feueinstellung mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen verletzt**.

In **Richtung Debalzewo** wurde auf Befehl des Kommandeurs der 30. mechanisierten Brigade des Verbrechers Garas **Losowoje** mit Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Der Fall von Beschuss der Ortschaft ist dokumentiert, die Materialien wurden an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen den Kommandeur der 30. Brigade der ukrainischen Streitkräfte übergeben.

Der **Gegner verstärkt weiter seine Truppen** und stationiert von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und Objekten der zivilen Infrastruktur und bringt das Leben der friedlichen Bevölkerung in Gefahr.

Am 23. Juni wurden aus Artjoma, Staniza-Luganskaja-Bezirk drei Artilleriegeschütze auf Schleppern und sieben Fahrzeug mit Munition in Richtung Petrowka bewegt.

In Stschastje wurde auf Gebiet des Kraftwerks die Stationierung von vier Mehrfachraketenwerfern „Grad“ bemerkt, im städtischen Stadion sind drei D-30-Haubitzen stationiert.

In Katerinowka hat der Kommando der 54. Brigade im privaten Sektor ein Artilleriegeschütz „Akazija“ stationiert.

Dabei verlässt der Gegner, während er gleichzeitig Waffen in Ortschaften an der Front stationiert, einzelne Positionen mit ganzen Einheiten, die dann ins Hinterland abziehen. Derzeit haben unsere Aufklärungseinheiten zwei solcher Positionen entdeckt.

Es wurde ein weiterer Fall festgestellt, dass der Kommandeur der 14. Brigade Oberst Wojtschenko nicht kampfbedingte Verluste gegenüber dem übergeordneten Kommando verheimlicht.

Am 22. Juni geriet ein Auto auf einer Schotterstraße im Gebiet von Trjochisbjenka auf eine Antipanzermine. In der Folge starben drei Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, sechs wurden verletzt. Die Verletzten wurden in ernstem Zustand in ein Krankenhaus in Nowoajdarskij-Bezirk eingeliefert.

Das Ausmaß der Diebstähle, die im letzten Monat in der 25. Luftlandbrigade entdeckt wurden, zwangen das Kommando der OOS zu äußersten Maßnahmen zu greifen. Derzeit arbeiten in dem Verband Vertreter der militärischen Gegenaufklärung des SBU, um eine ungesetzliche Ausfuhr von Waffen, Munition und militärischem Material zu vermeiden.

de.sputniknews.com: **Mecklenburg-Vorpommern: Zwei Bundeswehr-Kampffjets kollidieren in der Luft**

Zwei „Eurofighter“ der Bundeswehr sind in Mecklenburg-Vorpommern abgestürzt. Das Innenministerium in Schwerin bestätigte am Montag entsprechende Informationen des Radiosender „Ostseewelle“. Bei dem Absturz wurde ein Pilot lebend gefunden, der zweite kam ums Leben.

Die Piloten haben sich mit ihren Schleudersitzen gerettet, hieß es von Seiten der Bundeswehr. Einer der beiden Piloten wurde in einer Baumkrone lebend gefunden, der zweite kam ums Leben, so das Portal „Nordkurier“.

In der Nähe der Absturzstelle eines der beiden „Eurofighter“ der Luftwaffe sind Leichenteile gefunden worden. Noch sei unklar, ob sie zu einem der Piloten gehören, sagte eine Sprecherin des Polizeipräsidiums Neubrandenburg.

Laut dem Radiosender „Ostseewelle“ sind die Bundeswehr-Maschinen über der Müritzregion

abgestürzt. Der Vorfall habe sich offenbar kurz vor 14 Uhr ereignet. Die Jets hätten sich in der Luft berührt. Danach seien zwei Feuerbälle nördlich des Fleesensees zu Boden gestürzt. Eines der beiden Flugzeuge stürzte nach Worten eines Ministeriumssprechers nahe der Ortschaft Jabel (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) in ein Waldstück, meldet die Deutsche Presse-Agentur (DPA). Das andere sei südlich der Ortschaft Nossentiner Hütte an einem Waldrand vom Himmel gefallen. Die beiden Orte sind rund zehn Kilometer voneinander entfernt. Zu möglichen Opfern war zunächst noch nichts bekannt. Beide Maschinen gehörten zum Luftwaffengeschwader 73 „Steinhoff“, das in Laage bei Rostock stationiert ist, hieß es in der Twitter-Mitteilung der Luftwaffe. Landesinnenminister Lorenz Caffier (CDU) wird an die Unglücksstelle fliegen, um sich ein Bild von der Lage zu machen, wie sein Sprecher sagte. Laut der Schweriner Volkszeitung sind Wrackteile der abgestürzten Maschinen auch in ein bewohntes Gebiet gestürzt. Das Polizeipräsidium Neubrandenburg teilte via Twitter mit, dass zum Teil gefährliche Wrackteile im Bereich Malchow verteilt worden seien. Die beiden abgestürzten „Eurofighter“ sind nach Angaben der Bundeswehr bei Luftkampfübungen verunglückt. An der Übung sei auch ein dritter „Eurofighter“ beteiligt gewesen, teilte die Luftwaffe mit. Dieser hatte nach dem Unglück gegen 14.00 Uhr im Luftraum über Plau am See auch zwei Fallschirme niedergehen sehen und gemeldet. Dem Portal „Nordkurier“ zufolge war es zuletzt im Jahr 2014 zu einem Zwischenfall mit einem Eurofighter der Luftwaffe gekommen - damals im Sauerland. Eurofighter sind über dem Luftraum der Region keine Seltenheit - immer wieder kommt es auch zu Beschwerden über Lärm, hieß es. ...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32530/51/325305107.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie schon mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine gestern, am 23. Juni, um 20:10 Uhr das Feuer aus Richtung Wodjanoje in Richtung **Kominternowo** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

Durch den Beschuss gab es Schäden an folgenden Wohnhäusern:

- Achmatowa-Straße 26 (Dach);
- Achmatowa-Straße 34 (ein Deckenbalken beschädigt);
- Achmatowa-Straße 35 (Fensterverglasung);
- Achmatowa-Straße 41 (Fensterverglasung, Wirtschaftsgebäude);
- Achmatowa-Straße 43 (Fassade, Dach, Fensterverglasung);
- Achmatowa-Straße 64 (Zaun, Fensterverglasung).

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt.



Dnr-online.ru: Die **militärische Lage und der Beschluss von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine bewirken Veränderungen bei der Getreideernte**, teilte heute der Landwirtschaftsminister der DVR Artjom Kramarenko mit.

„Leider verursacht die militärische Lage Änderungen bei den Plänen für die Ernte von Getreide und Hülsenfrüchten. So sind beim Beschluss des Telemanowo-Bezirks zwei Hektar Weizen abgebrannt und ein Getreidelager wurde beschädigt“, kommentierte Artjom Kramarenko.

de.sputniknews.com: **Großmilitärmanöver in Zentralrussland: Truppen unerwartet auf Kampfbereitschaft geprüft**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat außerplanmäßige Militärübungen im Militärbezirk Mitte angeregt. Darüber informierte am Montag der Verteidigungsminister Sergej Schoigu die Führung der russischen Armee.

Um 6.00 Uhr am Montag seien alle Verwaltungen des Militärbezirks Mitte, teilweise aber auch Truppen der Militärbezirke Süd und Ost sowie einzelne Verbände der Luftlandtruppen, Militärtransport- und Langstreckenfliegerkräfte in die höchste Kampfbereitschaftsstufe versetzt, worden, teilte Schoigu mit. Darüber hinaus würden mehrere Verbände eingesetzt, die dem Zentralkommando direkt unterstellt sind.

Insgesamt sollten vom 24. bis zum 28. Juni mehr als 50 Übungen durchgeführt werden. Dabei würden 35 Übungsgelände genutzt.

In deren Rahmen sollte die Armee auf ihre Fähigkeiten geprüft werden, die Sicherheit in der Zentralasiatischen Region zu gewährleisten. Denn dort gebe es weiterhin ernsthafte terroristische Gefahren, so Schoigu.

Zudem soll der Grad der Vorbereitungen der Truppen für das anstehende wichtigste Manöver des Jahres, der Planübung „Zentr-2019“, getestet werden, fügte der Verteidigungsminister hinzu.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32530/28/325302878.jpg>

Lug-info.com: In der LVR wurde ein Briefmarkenblock zum 74. Jahrestag der Siegesparade anlässlich des Siegs über die faschistischen deutschen Besatzer am 24. Juni 1945 herausgegeben.

Auf den Marken sind die Marschälle und Helden der Sowjetunion Josif Stalin, Semjon Budjonnyj, Alexandr Wassiljewskij, Kliment Woroschilow, Georgij Shukow, Iwan Konjew, Rodion Malinowskij, Kirill Merzekow, Konstantin Rokossowskij, Semjon Timoschenko, Fjodor Tolbuchin, Boris Schaposchnikow abgebildet.



[http://img.lug-info.com/cache/6/7/IMG\\_0962\\_novyj\\_razmer.JPG/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/6/7/IMG_0962_novyj_razmer.JPG/w620h420wm.jpg)

### de.sputniknews.com: **Anti-Iran-Koalition? Bundesregierung noch nicht offiziell eingeladen**

Die USA haben nach Angaben des Auswärtigen Amtes Deutschland noch nicht offiziell aufgefordert, sich an der geplanten Anti-Iran-Koalition zu beteiligen.

Der stellvertretende Sprecher des AA, Christopher Burger, gab am Montag in Berlin bekannt, die Behörde habe die Initiative von US-Außenminister Mike Pompeo lediglich „über die Medien zur Kenntnis genommen“.

Am Sonntag hatte Pompeo die Bildung einer Koalition angekündigt, die sich nicht nur über die Golfstaaten erstrecke, „sondern auch über Asien und Europa“ und bereit sein solle, den „größten Sponsor des Terrors auf der Welt“ zurückzudrängen.

Am Montagmorgen traf Pompeo in der saudischen Hafenstadt Dschidda ein, wo er mit König Salman zusammenkam, wie die staatliche saudische Nachrichtenagentur SPA meldete. Die beiden hätten über die jüngsten Ereignisse gesprochen. Die Vereinigten Arabischen Emirate hatten am Sonntag erklärt, dass sie eine politische Lösung des Konflikts befürworten.

Auf die Frage, ob er sich dadurch an die „Koalition der Willigen“ im Irak-Krieg 2003 erinnert fühle, sagte Burger: „Ich glaube, man sollte mit solchen historischen Parallelen sehr vorsichtig sein!“.

Die USA hatten 2003 Verbündete um sich versammelt, die den Angriff auf den von Saddam Hussein geführten Irak politisch und militärisch unterstützten. Die Nato war damals gespalten: Während sich Länder wie Großbritannien und Spanien an der Koalition beteiligten, waren Deutschland und Frankreich gegen die Intervention im Irak.

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 14:42 Uhr **Alexandrowka** mit Mörsern beschossen. Das Feuer hielt mehr als eine Stunde an, der Gegner hat 22 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurden Schäden an folgenden Wohnhäusern festgestellt:

- Lenin-Straße 18 (Dach und Fensterverglasung);
- Lenin-Straße 24 (Fensterverglasung, Türen, eine tragende Wand).

Nach vorläufigen Informationen gab es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **„Ausnahmsweise“: PACE lädt Russland zu Gremiumssitzung im Juni ein**

Russland darf an der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) im Juni teilnehmen. Das verkündete die PACE-Präsidentin Liliane Maury Pasquier am Montag in Straßburg. Der Text ihrer Rede wurde auf der offiziellen Webseite der Organisation veröffentlicht.

„Wir haben auch Russland aufgerufen, seine Delegation für die Versammlung zusammenzustellen und die Pflichtzahlungen seiner Beiträge zum Haushalt der Organisation wiederaufzunehmen“, sagte Pasquier laut der Mitteilung.

Die Präsidentin betonte, dass Russlands Teilnahme an der PACE-Plenarsitzung im Juni „ausnahmsweise und auf einer Ad-hoc-Basis“ erfolgen solle.

„Erstens, das Komitee schlägt vor, dass wir erlauben – ausnahmsweise und auf einer Ad-hoc-Basis – den Parlamenten, die derzeit in der Versammlung nicht vertreten werden – diesen von Bosnien und Herzegowina sowie von Russland – die Vollmachten ihrer Delegationen im Laufe dieser Juni-Plenarsitzung zu erteilen“.

Es sei wichtig hervorzuheben, dass das Komitee die in den Regeln der Organisation vorgesehene Möglichkeit, die Vollmachten einer Delegation anzufechten, nicht in Frage stelle, so Pasquier.

Der Streit über die russische PACE-Mitgliedschaft läuft seit fünf Jahren. Nach der Aufnahme der Schwarzmeer-Halbinsel Krim in den Staatsverband Russlands 2014 hatte der Europarat Sanktionen gegen Moskau verhängt. Der russischen Delegation wurde unter anderem das Stimmrecht entzogen. Als Reaktion darauf beschloss Russland, keine Delegation mehr zu entsenden. Im Juni 2017 stellte Moskau die Zahlung seiner Mitgliedsbeiträge an den Europarat ein.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32530/52/325305287.jpg>

**abends:**

de.sputniknews.com: **Nach Drohnen-Abschuss: Trump verhängt „harte Sanktionen“ gegen Iran**

US-Präsident Donald Trump hat neue „harte Sanktionen“ gegen den Iran angeordnet, die sich direkt gegen das geistliche Oberhaupt der islamischen Republik, Ayatollah Ali Chamenei, richten sollen.

Trump unterzeichnete am Montag eigenen Angaben zufolge eine entsprechende Verfügung, wonach neue Strafmaßnahmen der iranischen Führung den Zugang zu „Milliarden Dollar“ erschweren soll.

„Wir werden den Druck weiterhin erhöhen. Der Iran kann niemals Atomwaffen haben“, betonte der Präsident.

Neben Chamenei sollen die Maßnahmen drei führende iranische Militärs treffen, darunter den Luftwaffenkommandeur, der nach Einschätzung des US-Finanzministers Steve Mnuchin für den Abschuss der US-Aufklärungsdrohne am frühen Donnerstagmorgen verantwortlich ist. Außerdem plant die Behörde, noch im Laufe der Woche Sanktionen gegen den iranischen Außenminister Dschawad Sarif einzuführen.

Der US-Sonderbeauftragte für den Iran Brian Hook erklärte ebenfalls am Montag, die USA würden die Sanktionen gegen den Iran aufheben, sollte Teheran einen „umfassenden Deal“ mit Washington eingehen.

Hintergrund der Restriktionsmaßnahmen soll der Abschuss der amerikanischen Drohne am Donnerstag durch die iranische Revolutionsgarde gewesen sein. Die Regierung in Teheran gab an, die Drohne sei über dem Hoheitsgebiet des Iran geflogen und deswegen zerstört worden. Die USA erklärten jedoch, der Flugkörper habe sich zum Zeitpunkt des Abschusses über internationalen Gewässern befunden.

Der iranische Außenminister Dschawad Sarif veröffentlichte am Sonntag auf Twitter eine Karte zu dem Vorfall, die die US-Vorwürfe dementieren soll.

de.sputniknews.com: **Russlands Sicherheitsrats-Chef Patruschew trifft Bolton**

Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, hat in Jerusalem den US-Sicherheitsberater John Bolton getroffen.

Die Zusammenkunft hinter geschlossenen Türen dauerte anderthalb Stunden. Journalisten durften dem Treffen nicht beiwohnen.

„Patruschew und Bolton haben einzelne Aspekte der russisch-US-amerikanischen Beziehungen im Sicherheitsbereich besprochen. Besondere Aufmerksamkeit ist Fragen der strategischen Stabilität und der Waffenkontrolle gewidmet worden“, teilte nach dem Treffen Patruschews Pressesprecher, Jewgenij Anoschin, mit.

Auf Initiative der US-Seite wurde demzufolge die Lage in Venezuela „ausführlich betrachtet“. Russlands „unveränderte Haltung“ zur Notwendigkeit eines Dialogs für die Überwindung der innenpolitischen Krise im Land sei erneut zum Ausdruck gebracht worden.

Darüber hinaus soll eine Reihe von Fragen der regionalen Sicherheit angesprochen worden sein, so Anoschin.

Patruschew kam am Montag nach Jerusalem. Neben dem Treffen mit Bolton stehen Patruschew zweitägige Verhandlungen mit Israels Regierungschef, Benjamin Netanjahu, und dem Oberhaupt des israelischen Rates für nationale Sicherheit, Meir Ben-Shabbat, bevor.

Der Leiter des russischen Sicherheitsrates hatte zuvor mitgeteilt, dass er mit seinen Kollegen aus Israel und den Vereinigten Staaten die innenpolitische Regelung in Syrien, die Vernichtung der verbliebenen Terroristen sowie den Wiederaufbau Syriens besprechen werde.





<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31075/90/310759009.jpg>